

Prekäre Beschäftigung stoppen, Gute Arbeit schaffen!

Die Regierungspolitik in den zurückliegenden zehn Jahren hat den bundesdeutschen Arbeitsmarkt grundlegend verändert. Die Koalitionen unter Kanzler Schröder und seiner Nachfolgerin Merkel haben gezielt Minijobs, befristete Arbeitsverträge und Leiharbeit gefördert. DIE LINKE verlangt in einer Kleinen Anfrage¹⁾ Auskunft von der Bundesregierung.

Das Ergebnis ist erschreckend: Schlecht bezahlte und unsichere Arbeit wuchs massiv an – auf Kosten sicherer Vollzeitstellen. Von 1999 bis 2008 fielen 1,36 Millionen Vollzeitstellen weg (-6%), während die Zahl der Teilzeitstellen um 1,33 Millionen zunahm (+36%). Von 2003 bis 2008 entstanden 1,55 Millionen Minijobs (+27%). Union und FDP wollen die Minijobs sogar noch ausweiten.

Christlich-liberaler Zynismus

Die schwarz-gelbe Bundesregierung antwortet gelassen: »Flexible Beschäftigungsformen sind als Reaktion auf die zunehmende Globalisierung der Wirtschaft, neue Technologien und den Strukturwandel für Arbeitgeber unerlässlich. Sie dienen vielfach auch den Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Lebensplanung und Erwerbsarbeit besser zu vereinbaren.«²⁾

Fast 2 Millionen Menschen mit Zweitjob

Die aktuelle Krise verschärft den Trend. Allein von März 2008 bis März 2009 wurden 83 000 Vollzeitstellen abgebaut, während die Minijobs um 100 000 und die sozialversicherungspflichtige Teilzeit um 196 000 Stellen zunahmen.

Diese Entwicklung beeinflusst das Lohnniveau. Teilzeitbeschäftigte und Minijobberinnen und Minijobber erhalten weniger Lohn als Vollzeitbeschäftigte.

Immer mehr Menschen in Deutschland können nicht von einem Job leben und suchen sich eine weitere Beschäftigung. Die Zahl der Menschen mit »Mehrfachbeschäftigung« stieg von 2002 bis 2007 um rund 100 Prozent auf 1,8 Millionen.

Befristet und geliehen: unsicher und schlecht bezahlt

Mittlerweile arbeitet jeder zehnte Beschäftigte mit einem befristeten Arbeitsvertrag. Insbesondere Jüngeren wird kaum eine Zukunftsperspektive eingeräumt. 30 Prozent der unter Fünfundzwanzigjährigen haben lediglich einen befristeten Arbeitsvertrag. Bereits im vorangegangenen Aufschwung boomte die Leiharbeit. Auch jetzt in der Krise bleibt diese Branche dominant: Im Zeitraum von November 2008 bis Oktober 2009 war jede dritte offene Stelle ein Leiharbeitsplatz. Leiharbeit heißt in den meisten Fällen schlechte Bezahlung, wenig Rechte und Unsicherheit.

Gute Arbeit schaffen

Hartz IV und Leiharbeit haben zu einem Erdbeben bei Löhnen und regulären Arbeitsplätzen geführt. Der Steuerzahler subventioniert Armutslöhne durch Hartz-IV-Zuschüsse jährlich mit Milliardenbeträgen mit. Um den Trend in Richtung prekäre Beschäftigung zu stoppen und umzukehren, fordert DIE LINKE:

- die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns;
- die Abschaffung von Hartz IV;
- das Ende von Lohndumping durch Leiharbeit sowie
- die Eindämmung von Minijobs und befristeter Beschäftigung.

1) Drucksache 17/64

2) Drucksache 17/189

www.linksfraktion.de/gutearbeit

